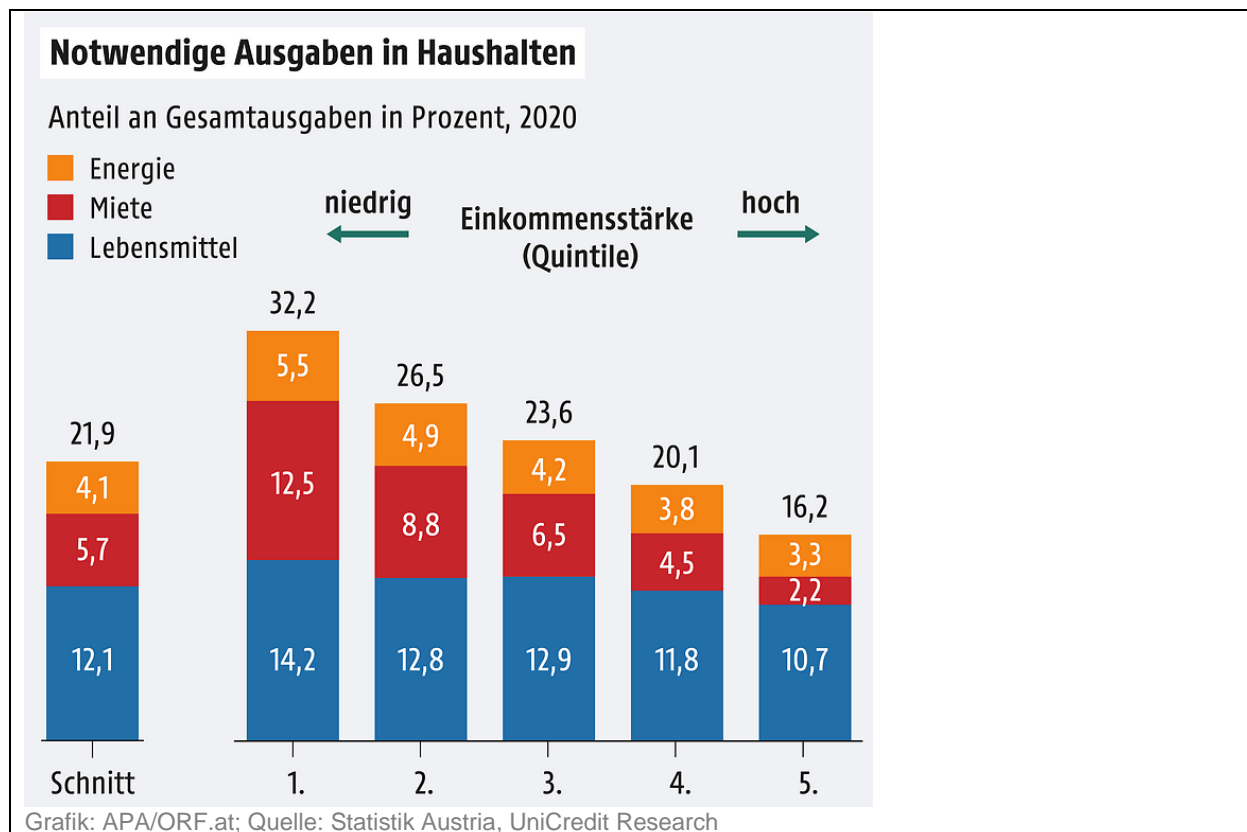


Von der hohen Inflation sind einkommensschwächere Menschen viel stärker betroffen, weil bei ihnen die lebensnotwendigen Lebenshaltungskosten einen ungleich höheren Anteil ausmachen. Das rechneten am Montag Fachleute der Bank Austria vor. Ein fiskalischer Ausgleich zur Abfederung sollte daher zielgerichtet sein.

Der Anteil an den Haushaltsausgaben für die notwendigen Lebenshaltungskosten (Haushaltsenergie, Miete, Lebensmittel) sei im untersten Einkommensfünftel mit rund 32 Prozent doppelt so hoch wie im obersten Einkommensfünftel mit etwa 16 Prozent. Dabei unterscheidet sich der Anteil für Nahrungsmittel mit 14,2 gegenüber 10,7 Prozent kaum – bei Haushaltsenergie sind es 5,5 versus 3,3 Prozent, bei den gezahlten Wohnungsmitteln aber 12,5 gegenüber 2,2 Prozent, jeweils auf Basis von Daten von 2020.

Kaum Reserven zum Ausgleich

Im Schnitt macht der Anteil der essenziellen Lebenshaltungskosten knapp 22 Prozent der Haushaltsausgaben aus. Damit ergibt sich laut Bank Austria aktuell ein Einfluss dieser Kategorien auf die Gesamtinflation, der mit 24,5 Prozent etwas über dem Durchschnitt liegt. Während für das oberste Fünftel der Haushalte die notwendigen Lebenshaltungskosten nur für etwa 20 Prozent der individuellen Gesamtinflation verantwortlich seien, liege dieser Anteil im untersten Einkommensbereich bei fast 30 Prozent.



„Die höhere Belastung für einkommensschwache Haushalte ergibt sich nicht nur durch die vergleichsweise höhere Ausgabenkonzentration auf notwendige Lebenshaltungskosten, sondern auch durch das absolut niedrigere Haushaltseinkommen“, so Ökonom Walter Pudschedl. Die untersten Einkommensgruppen hätten kaum Ersparnisse, sodass der starke Preisanstieg der Lebenshaltungskosten nicht durch Reserven ausgeglichen werden könne, sondern direkt den Konsum einschränke.

Sprit „nicht notwendig“

Nicht in die „notwendigen Lebenshaltungskosten“ inkludieren die Fachleute der Bank Austria freilich die Ausgaben für Spirit für den Betrieb privater Verkehrsmittel. Denn dafür stünden in den meisten

Fällen Alternativen durch den öffentlichen Verkehr zur Verfügung, während der Konsum von Nahrungsmitteln und Wohnenergie bzw. Mietkosten alternativlos sei.

Zudem nehme der Anteil der Ausgaben für private Verkehrsmittel an den gesamten Haushaltsausgaben mit steigendem Einkommen überproportional stark zu. Dieser Anteil betrage im untersten Einkommensfünftel nur fünf Prozent, während im obersten Fünftel der Anteil mit rund acht Prozent um über die Hälfte höher sei.

Der starke Anstieg der Spritpreise belastete einkommensstarke Haushalte, die oft mehrere Pkws mit höherer Leistung und Spritverbrauch besitzen, deutlich stärker als einkommensschwache, die oft gar kein Auto hätten. Die Spritpreisbelastung treffe so vor allem Haushalte mit einer hohen Sparquote, die ohne Konsumeinschränkung den Kostenanstieg über Rücklagen ausgleichen könnten.

„Fiskalischer Ausgleich soll zielgerichtet sein“

Wegen der unterschiedlichen Ausgabenanteile für die stark steigenden Lebenshaltungskosten und der unterschiedlichen Konsumneigung, die vor allem bei Niedrigeinkommensbezieher*innen hoch sei, folge, dass fiskalpolitische Maßnahmen zur Minderung der steigenden Lebenshaltungskosten auf die niedrigsten Einkommensgruppen und ausschließlich auf tatsächlich notwendige Lebenshaltungskosten ausgerichtet sein sollten, forderte Chefökonom Stefan Brückbauer, und zwar nicht nur aus Gründen der Fairness, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen.